Dienstag, 13. September 1921. Einzelnummer 10 Mark. 60. Jahrgang. Nr. 166.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis ab 1. 9. 21: monatlich M.
in der Geschäftsstelle 100.—
in den Ausgabestellen 105.—
durch Zeitungsboten 110.—
durch die Post . 110.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.
Fernsprecher: 4246, 2273 3110, 3249.

Posener Tageblatt

Anzeigenpreis f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . 20.— M, im Reklameteil 60.— M.
Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M, im Reklameteil 10.— M, in deutscher Mark.
Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czekowe Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Die deutsche Tagung in Lodz.

Wir wollen dem Staate rechte Treue halten,
Ihm dienend unsere Kräfte voll entfalten,
Dabei trotz unsrer Widersacher Treiben
Als Bürger Polens gute Deutsche bleiben,

— so hieß es in dem Vorspruch, der am Sonnabend die erste öffentliche Veranstaltung des großen Deutschtumstages in Lodz einleitete. Trefflich und klar kommt in diesen Versen Sinn und Zweck der ganzen Tagung zum Ausdruck. Dieser Sinn und dieser Zweck ist: Bereit, alle Staatsbürgerpflichten in der neuen Republik Polen auf sich zu nehmen und gewissenhaft zu erfüllen, verlangen die polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität nachdrücklich und unbedingt, daß ihnen auch die Rechte der Bürger des Staates nicht vorenthalten und nicht geschmälert werden, — das oberste Recht aber der polnischen Staatsbürger deutscher Zungen ist das ihnen im Vertrag von Versailles, im Minoritätenschutzvertrag und in der Verfassung der Republik Polen zugesagte und verbriefte Recht auf Wahrung und Pflege ihres Volkstums, ihrer Sprache, ihrer Stammesart.

Im Laufe des Sonnabendvormittags trafen aus allen Teilen der Republik Polen, aus Nord und Süd, aus Ost und West, deutsche Männer und deutsche Frauen in Lodz ein, um sich zusammenzufinden zu einer machtvollen Kundgebung des festen und unerschütterlichen Willens des gesamten Deutschtums in Polen, sich sein Recht nicht rauben zu lassen. Von Ordnern und freiwilligen Helfern auf dem Bahnhof empfangen und von dort aus nach dem vom Quartierausschuß zugeteilten Quartieren geleitet, verbrachten die eingetroffenen Gäste diesen Tag größtenteils in Einzelbesprechungen, Ausschußsitzungen und Sonderberatungen und fanden sich am Abend in dem großen Saal des Konzerthauses zusammen, wo nach dem schon erwähnten Vorspruch, der von einer jungen Lodzerin würdig und ausdrucksvoll gesprochen wurde, eine überreiche Fülle musikalischer Darbietungen — die Ausführenden waren Lodzer singende und spielende Kräfte und der treffliche Bromberger Pianist Professor Bergmann — den festlichen Auftakt der eigentlichen Tagung bildete.

Nach einer Beratung der Delegierten der einzelnen Deutschtumsbünde über Organisationsfragen am Vormittag des nächsten Tages und nach einem gemeinsamen Mahl, zu dem die deutschen Frauenvereine der Stadt Lodz in überaus gastlicher Weise die Gäste von auswärts in den großen Saal des Feuerwehrverbandes geladen hatten und in dessen Verlauf Herr Hauptschriftleiter Drewing in längerer Ansprache die Gäste begrüßte und Herr Rechtsanwalt Partikel aus Graudenz den Dank der auswärtigen Tagesteilnehmer für die dargebotene Gastlichkeit aussprach, brachte der Sonntag Nachmittag das bedeutungsvollste Ereignis dieser Tage, die

Hauptversammlung,

die sich zu einer so gewaltigen und wirkungsvollen Kundgebung gestaltete, daß ihre geschichtliche Bedeutung und ihre Nachwirkung nicht bezweifelt werden kann.

Schon kurz nach 2 Uhr begann der mehrere Tausende von Menschen fassende Saal des Konzerthauses sich zu füllen, und als die angesetzte Stunde des Beginns der Versammlung, halb vier, nahte, da waren nicht nur alle Sitzplätze im Saal und auf den Emporen besetzt, sondern auch an den Wänden entlang und in den Vorräumen standen Kopf an Kopf deutsche Männer und Frauen aller Stände, aller Kreise, jeder Altersstufe, jeder Konfession.

Nachdem am Vorstandstisch auf dem Podium die deutschen Sejmabgeordneten, die Mitglieder des am 16. August in Warschau gewählten Hauptvorstandes der Deutschtumsbünde Polens, Vertreter der Deutschen in den einzelnen Teilgebieten und Wojewodschaften, sowie ein Vertreter des Magistrats der Stadt Lodz Platz genommen hatten, eröffnete der Abg. **Spickermann** mit herzlichen Worten die Tagung. Er gab seiner Freude über den starken Besuch der Versammlung Ausdruck und schlug als Leiter der Versammlung den Landrat a. D. Naumann vor. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Herr **Naumann** übernahm den Vorsitz mit Worten herzlichen Dankes für das ihm bewiesene Vertrauen und wies in seiner einleitenden Ansprache auf die Eigenbrödelei, die Betonung des Einzelwillens, als einen der hervorstechenden Charakterzüge des deutschen Wesens hin. Zwei Faktoren sprachen immer mit, wo das Deutschtum sich einmal auf sich selbst besann und unverhüllt seinem Einheitswillen Ausdruck gab: Ein starker Druck von außen und eine starke Idee im Innern. „Auch die Einheit, in der wir uns vor einigen Wochen zusammenfanden, wurde hervorgerufen durch den Druck der Verhältnisse und eine starke innere Idee. Es ist eine „Unifikation" aus innerer Notwendigkeit. Seit Bestehen der Republik Polen wurde uns gegenüber immer nur eine Politik angewandt: die Politik der Unterdrückung. Jetzt haben wir uns darauf besonnen, daß wir zusammengehören, haben uns besonnen, auf unsere Stammeswürde. Wir haben beschlossen, die Betonung des Einzelwillens zurückzustellen hinter die Kundgebung des Einheitswillens. Wir haben beschlossen, eine Phalanx zu bilden. Heute soll der Beschluß, der damals in Warschau bekannt wurde, seine Bestätigung finden vor aller Welt. Möge diese Tagung, die zu leiten mir eine hohe Ehre ist, das zeigen, was sie nach unserer Absicht zum Ausdruck bringen soll: Unseren Einheitswillen, uns der Erdrosselungspolitik nicht zu beugen, unserem Einheitswillen, unsere Stammeswürde zu wahren. Wir weisen auf den Friedensvertrag von Versailles, auf den Minoritätenschutzvertrag und auf die Verfassung der Republik Polen hin und verlangen, daß unsere staatsbürgerlichen Rechte und die Rechte, die wir als Minderheitsglieder haben, nicht nur auf dem Papier stehen. Wir fordern die Regierung auf, uns unser Recht zu geben, aber wir erheben unsere Stimme gleichzeitig auch zum Völkerbund, der ja den Schutz der nationalen Minderheiten zu seiner besonderen Aufgabe gemacht hat. Möge endlich mit der Politik gebrochen werden, die bis jetzt uns gegenüber angewandt wurde. Dank sei Euch allen, deutsche Brüder und deutsche Schwestern, die ihr hergekommen seid, zu zeigen, daß wir alle eins sind in dieser Gesinnung, eins im Fühlen, Wollen und Handeln."

Als zweiter sprach der Vertreter des Bürgermeisters der Stadt Lodz, Stadtverordneter **Arndt**, der ebenfalls mit Nachdruck die Notwendigkeit der Verwirklichung der den Deutschen Polens zugesagten Rechte betonte.

Mit starkem Beifall begrüßt, überbrachte **Dr. v. Behrens** der Versammlung die Grüße des Bundes der Deutschen im ehemaligen russischen Teilgebiet Polens." Wir beglückwünschen uns zu der ersten öffentlichen Feier unseres Volkstums in diesem Lande. Daß die Feier gerade in Lodz stattfindet, hat symbolische Bedeutung. Lodz ist ein glänzendes Symbol für manche Seite des deutschen Wesens. Eine Stadt der Arbeit, ist diese Stadt vorwiegend das Ergebnis deutscher Arbeit, deutscher Pünktlichkeit, deutschen Fleißes, deutscher Unternehmungslust. Was unsere Vorväter hier geleistet haben, das wollen wir fortbauen zum Wohle unseres Volkstumes. Der Bund legt heute seinen feierlichen Eid ab, daß er, der Rekrut in der Reihe der Kämpfer für Recht und Gerechtigkeit, unserer Sache stets treu bleiben wird. Wir werden unsere gerechte Sache nie verlassen."

Die Grüße der deutschen Bevölkerung des der Republik Polen zugefallenen Teschen-schlesischen Gebiets überbrachte Herr **Matuschek** aus Bielitz. Er wies darauf hin, daß in österreichischer Zeit dieses Gebiet 98% Deutsche hatte. In Bielitz selbst gab es damals keinen einzigen polnischen Bürger. Jetzt hat sich das von Grund auf gewendet. Durch den starken Zustrom polnischer Beamten und durch allerhand Machinationen wurde der Bevölkerungscharakter verändert. Jetzt bilden die Polen ungefähr die Hälfte der Bevölkerung. Die Politik der polnischen Regierung gegen die deutsche Bevölkerung des Teschener Gebietes hatte eine starke Abwanderung zur Folge. Diese Politik begann bei der Schule. Die Deutschen im Teschener Gebiet begrüßen die Gründung des Bundes der Deutschen mit heller Freude. Es ist ihr herzlichster Wunsch, daß die Beratungen frei von jedem Mißton, in klarstem Einvernehmen vor sich gehen, zu Nutz und Frommen aller Deutschen in Polen.

Ingenieur **Strohal** aus Lemberg spricht im Namen der deutschen Bevölkerung Galizens. Dort besteht seit 12 Jahren ein „Bund der christlichen Deutschen in Galizien". Die jetzige Stellung der dortigen Deutschen wird im wesentlichen bestimmt durch den Gegensatz zwischen Polen und Ruthenen. Die Deutschen werden bald von der einen, bald von der anderen Seite bekämpft und haben schwer zu leiden. Sie wurden häufig mit Requisition bedacht, wurden aus dem Staatsdienst entlassen, und erst neuerdings wurde ein Teil der Entlassenen wieder aufgenommen. „Die Zukunft Ostgaliziens und sein endgültiges Schicksal ist heute noch nicht entschieden. Was wird mit diesem Lande werden? Soll noch einmal die Kriegswelle über uns dahinrollen? Wir wünschen es nicht. Die Deutschen in Galizien bieten ihnen die Hand zu treuer Mitarbeit".

Rechtsanwalt **Partikel** aus Graudenz sprach für die Deutschen im ehemals preußischen Teilgebiet. Auch in Pommerellen und Polen hätte eigentlich das Selbstbestimmungsrecht der endgültigen Entscheidung über das Schicksal des Landes vorausgehen müssen. Das ist nicht geschehen. In Pommerellen bildeten bei Abschluß des Vertrages von Versailles die Deutschen zwei Drittel der Bevölkerung, in der früheren Provinz Posen etwa 45%. Auf Schritt und Tritt empfindet die deutsche Bevölkerung dieser Provinzen die Nichtachtung, die ihnen zuteil wird. Das Gefühl der Nichtachtung hat zur Folge, daß der deutsche Gedanke dort meist stärker betont wird, als hier, im früheren Kongreßpolen. Vorwürfe der Deutschen aus einem Teilgebiet gegenüber den deutschen Bewohnern anderer Provinzen als Folge ihrer verschiedenartigen Auffassung der Pflichten und Rechte des Deutschtums haben nicht gefehlt. Vielleicht sind die Deutschen das einzige Volk, bei dem das möglich ist." Wir hoffen, daß die heutige Tagung das Verständnis fördern wird. Wir wissen wohl, daß man uns, den Deutschen aus dem ehemals preußischen Teilgebiet, hier mit gemischten Gefühlen entgegentritt. Wir müssen einander kennen lernen, um die tragfähige Basis zu finden, auf der der Bau unserer Einigung aufgeführt werden soll, und wie Sie es verstanden haben, unter schwierigen Verhältnissen deutsche Art und Sitte aufrecht zu erhalten, so, hoffen wir, wird auch uns das gelingen. In unserem Teilgebiet hat eine große Flucht der Deutschen eingesetzt. Der Grund und Boden wird um einer ungewissen Zukunft willen verschleudert. Viele meinen, die jetzigen Verhältnisse dort nicht ertragen zu können. Wir waren nicht gewöhnt, auf Bittwegen zu erreichen, was uns als Recht garantiert war. Gesetze kamen zu Stande, die wir als Faustschlag empfinden mußten. Ansiedler müssen ihren Boden verlassen und haben nicht die Möglichkeit, anderswo auch nur einen Morgen zu erwerben. Die Auflassung wird ihnen verweigert. Enteignungen werden eingeleitet mit der Begründung, der Besitzer hätte schlecht gewirtschaftet. Gutachten von sachverständiger Seite über den einwandfreien Zustand der Wirtschaft nützen nichts. Der Betroffene muß vor Ablauf von 30 Tagen verkaufen, sonst findet Enteignung statt. Ueber die Domänenpächterfrage sind wir durch die Presse hinreichend orientiert. 150 Pächter, die als erstklassige Landwirte bekannt waren, wurden unter Sequester gestellt. Der neue Pächter, der vielfach zugleich Zwangsverwalter ist, nimmt das gesamte Inventar unter sein Regie. Solche Dinge machen es verständlich, daß mancher der Deutschen in unserem Teilgebiet glaubt, hier nicht mehr leben zu können. So sind im Grunde genommen Ihre Leiden und unsere Leiden gemeinsame Leiden, und wir haben den festen Willen, mit Ihnen zusammen Treue um Treue zu halten."

Ein Vertreter der Deutschen Wolhyniens wies darauf hin, daß bei den deutschen Bestrebungen die etwas abseits wohnenden Deutschen in Wolhynien stiefmütterlich behandelt wurden, und überreicht den Sejmabgeordneten eine Denkschrift mit den Klagen der dortigen Deutschen über die schweren Mißstände, unter denen sie zu leiden haben.

Auf diese Begrüßungsansprachen folgten längere Ausführungen der vier Sejmabgeordneten **Hasbach, Barczewski, Datschkow** und **Spickermann**.

Der Erstgenannte führte aus:

Die Hauptrolle der jetzigen Stellung des polnischen Staates nach außen hin ist der Rigaer Friede. Rußland ist und bleibt für die Geschichte Polens von hervorragender Bedeutung. Die Zukunft der Lodzer Industrie hängt ganz und gar von der zukünftigen Gestaltung des Verhältnisses Polens zu Rußland ab. Fast 80 Prozent der Produktion der Lodzer Industrie gingen früher ins Innere Rußlands. So wie jetzt kann die Lodzer Industrie nur noch kurze Zeit weiter wirtschaften. Handelsbeziehungen und Verkehrsbeziehungen zu Rußland sind unbedingt notwendig.

Ebenso unklar wie das künftige Verhältnis Polens zu Rußland ist sein Verhältnis zu Litauen, und auch in seinem Verhältnis zu den westlichen Nachbarn ist noch nicht alles geklärt. Ungelöst ist die ostgalizische Frage und die oberschlesische Frage. Warum wird die endgültige Entscheidung über Oberschlesien immer wieder hinausgeschoben? Diese Hinausschiebung ist geradezu katastrophal für die Bevölkerung Oberschlesiens.

Ebenso wichtig wie die Beziehungen zu Rußland sind Polens Beziehungen zum Deutschen Reiche. Viele Dinge, die die Lodzer Industrie braucht, kann sie nur aus Deutschland beziehen. Die Fäden zwischen Deutschland und Polen dürfen nicht zerrissen werden. Die jetzige Valutamisere hängt zweifellos von Polens Verhältnis zu Deutschland ab. Kunstdünger, landwirtschaftliche Maschinen und vieles andere, was Polen braucht, muß es aus Deutschland beziehn.

Ich kritisiere hier nicht um des Kritisierens willen oder gar um zu schimpfen. Wo sind hier die Zufriedenen? Ein großer Teil der Polen ist mindestens ebenso unzufrieden wie wir. Ein einsichtiger Pole sagte mir: „Unsere bisherigen Führer haben immer in erster Linie das Parteiinteresse im Auge gehabt, nicht das große Ganze." Am heutigen Tage können wir die Hoffnung ausdrücken, daß die neuen Männer diese Fehler vermeiden werden. Ein Beweis dafür, daß wir in falscher Richtung steuern, ist die gewaltige Teuerung. Unter Umständen gehen wir dem Zusammenbruch entgegen. Neues ist so gut wie nichts geschaffen worden. Wo bleiben die Bodenschätze? Petroleum? Benzin? Was ist mit der Ausfuhr von Holz, mit der Ausfuhr von Zucker?

Wenn von Mißständen gesprochen wird, die bei uns herrschen, darf die Organisation der Verwaltung nicht übergangen werden. Als Polen auf eigene Füße gestellt wurde, war es nicht leicht, das erforderliche Heer ausgebildeter Beamten zu beschaffen. Jetzt sind die Bureaus überfüllt mit Menschen, aber es ist zu bezweifeln, daß dieser Beamtenstab sich in der Hauptsache aus dazu geeigneten Elementen zusammensetzt. Alles drängt sich an die Staatskrippe, ohne Rücksicht darauf, ob der einzelne der Aufgabe gewachsen ist oder nicht. Ein polnischer Beamter sagte selbst: „Wir könnten mit der Hälfte der Beamten auskommen. Die große Zahl der vorhandenen Beamten hat zur Folge, daß der einzelne Beamte unzureichend bezahlt wird." Daraus muß der Schluß gezogen werden: Weniger Beamte! Die Besten heraussuchen und gut bezahlen!

Man hat vermieden, Deutsche als Beamte anzustellen. Hätte man bei Anstellung der Beamten nicht nach der Nationalität gefragt, und den Deutschen, die mitarbeiten wollen, die Möglichkeit nicht genommen, da sähe vielleicht manches anders aus.

Vielfach wird von den Lokalbehörden im Widerspruch zu der Verfassung und zu den von oben gegebenen Richtungslinien regiert. In einer Zeitung — wenn ich nicht irre, in einer polnischen*) — wurde vor kurzem erzählt, ein russischer Gouverneur, der einen Befehl erließ, dessen Inhalt einem Ukas des Zaren widersprach, hätte, als man ihn auf diesen Widerspruch aufmerksam machte, gesagt: „Was der Zar befiehlt, ist Poesie, was der Gouverneur befiehlt, ist Prosa. Und bei uns wird nicht nach Poesie regiert, sondern nach Prosa." Bei uns scheint es ähnlich zu sein. Auch bei uns wird meist nicht nach Poesie regiert, sondern nach Prosa nach der Prosa der Willkür der Lokalbehörden.

Ernste Fragen sind die Fragen der Option und der Liquidation. Seit Monaten arbeiten wir auf Herbeiführung klarer Verhältnisse in bezug auf die Optionsfrage hin. Eine baldige Er-

*) Nein. Es war das „Posener Tageblatt". (Anm. d. Schriftl.)

klärung wäre dringend notwendig. Wenn der Staat auf sein Liquidationsrecht verzichtete, wäre es für ihn wahrscheinlich nur vorteilhaft. Staatserhaltende Elemente, die jetzt verdrängt werden, würden dann zur Aufbauarbeit gewonnen werden.

Ansiedler und Domänenpächter haben unter Zwangsverwaltungen und Sequestrierungen zu leiden. Die Mittel, die dabei gegen die deutschen Domänenpächter und Ansiedler angewandt werden, sind zum Teil einfach unmoralisch. Heute gerade erhielt ich ein Schreiben, in dem mir mitgeteilt wird, bei dem Amtsrat Eschenbach sei ein Gerichtsvollzieher erschienen, der sofortige Zahlung von 700 000 M als Gerichtskosten für den von Eschenbach verlorenen Prozeß gegen den Staat in Sachen seiner Pacht verlangte. Also: Der Pächter wird hinausgeworfen und muß außerdem noch 700 000 M zahlen, weil er es wagte, das Gericht anzurufen.

Das Agrargesetz hatte ursprünglich wirtschaftliche Ziele. Jetzt wird es politisch ausgenützt. Sein Zweck ist jetzt: Absolute Verdrängung des deutschen Grundbesitzes. Der von seiner Scholle vertriebene deutsche Besitzer ist vogelfrei, er kann nirgends Boden kaufen, er kann sich nirgends mehr als Landwirt niederlassen.

Wir müssen verlangen, daß die Verfassung verwirklicht wird. Gleiches Recht für alle, auch für die Deutschen! Abbau aller Sonderbestimmungen gegen die Minoritäten! Heranziehung der Minoritäten zur Mitarbeit! Sparsamkeit in der Verwaltung! Verminderung des Beamtenheeres! Erziehung zur Gewissenhaftigkeit! Von einem Nationalpolen stammt die Äußerung: „Von Österreich haben wir die Schlamperei, von Rußland die Korruption." Nicht Sympathie, sondern nur Zweckmäßigkeit darf maßgebend sein. Wir setzen unsere Hoffnung auf die neue Regierung und rufen Ihnen zu: Geben Sie die Hoffnung nicht auf! Ihr Männer, werfet die Flinte nicht ins Korn! Ihr Frauen, stärkt Euren Männern das Rückgrat! Steht ihnen zur Seite, wenn sie mutlos werden wollen! Haltet aus in Sturmgebraus!"

In packend volkstümlicher Weise, oft von lautem Beifall unterbrochen, sprach darauf der Sejmabg. Superintendent **Barczewski** (Soldau) über die bevorstehenden Sejmwahlen.

„Was ist es mit dem Wahlgesetz? Es wird von einem Vorschlag für eine Wahlordnung gesprochen. Wir haben davon etwas läuten hören. Uns selbst ist kein Entwurf zugegangen. Wie aber der Entwurf auch aussehen mag, eines ist jetzt schon deutlich zu spüren: Auch hier Knechtung der Minoritäten im Widerspruch zur Verfassung. — Knechtung auf geradem und ungeradem Weg, meist aber auf krummen, unehrlichen Wegen. Dagegen müssen wir kämpfen. Alle 25 000 Stimmen sollen angeblich einen Wahlkreis bilden. Dann sind wir erledigt. Ganz klein wird dann die Zahl der Vertreter sein, die wir in den Sejm entsenden werden. Niemals werden wir dann Gelegenheit haben, unserer Zahl entsprechend unsere Interessen zu vertreten. Ein energischer Protest ist notwendig. Ein gewaltiger Sturm der Entrüstung muß entfesselt werden. Nicht die Männer allein haben hier mitzuwirken, sondern mit ihnen gleichberechtigt, Schulter an Schulter, auch die Frauen. Die Ketten, die die Frau politisch so lange unfrei machten, sind abgefallen. Jetzt stehen die Frauen da im Glanze ihrer neuen Freiheit, sollen mitraten und mittaten. Diese neue Freiheit dürfen sie sich nicht rauben lassen. Die deutsche Frau hat auch der Politik gegenüber ihr Herz bewahrt. Sie läßt sich von dem in diesem Falle richtigen Gefühl leiten. Hüterin und Richterin ihres Hauses sollen die Frauen sein, Geist und Herz ihrer Kinder sollen sie bewachen. Nachbilder sollen sie sein jener Mütter, die einst hinauszogen ins fremde Land. Wenn wir hier in Lodz um uns herumblicken, dann sehen wir auf Schritt und Tritt die Verdienste der Frauen um die Erhaltung des Deutschtums. Meine Damen, üben Sie das wahre Recht aus im deutschen Geiste! Üben Sie es aus mit jener Zähigkeit, in der die Frauen uns Männern über sind! Treten Sie ein für das Hohe, das Ideale! Dann werden Ihnen einst Kinder danken, so wie wir heute unseren Vorfahren zu danken Veranlassung haben.

Und dann: Die Jugend! Sie hat auch ihre Aufgabe. Sie meine jungen Damen, haben es ja immer so gut verstanden, dem Vater oder der Mutter mit freundlicher Anmut etwas abzuschmeicheln, was ihnen nicht sofort gutwillig gewährt wurde, ein Band, ein Schleifchen, irgend eine kleine Freude, nach der ihr Herz gerade verlangte. Und Sie haben mit dieser Kunst des freundlichen Schmeichelns oft viel erreicht. Jetzt müssen Sie diese Kunst zu einem höheren Zweck ausüben. Wenn der Wahltag kommt und der Vater verärgert ist und sagt: „Laßt mich mit der ganzen Geschichte in Ruhe!" und wenn die Mutter sagt: „Ich habe keine Zeit, ich habe Arbeit im Hause," dann erinnern Sie sie freundlich schmeichelnd: „Vater, denke daran, daß Du ein Deutscher bist!" „Mutter, mache von deinem neuen Recht Gebrauch." und ruhen Sie nicht, bis Vater und Mutter hingehen und ihre Stimme den deutschen Kandidaten geben.

Im Wahlkampf wird viel von internationalem Empfinden gesprochen. Was heißt „international" sein? Es heißt: ohne Nationalgefühl sein, gar kein Rückgrat haben, gar kein Gewissen. Wo finden Sie das Internationale als Volksgefühl? Das gibt es gar nicht. Ein internationales Volksgefühl ist eben kein Volksgefühl mehr. Auf diesem Gebiet gibt es keine Internationalität. Was sich hier „Internationalität" nennt, ist Verschwommenheit, Unklarheit, Faselei. Nicht international wollen wir sein, sondern: ein Volk, ein Herzschlag, ein nationales Gewissen! (Stürmische Beifall.) Wir gehören alle zusammen. Wir wollen eine Heimat finden hier in der Fremde. Ihr Lodzer habt die längere Erfahrung. Wir von drüben sind als Auslandsdeutsche noch ganz jung. Wir kommen zu Euch mit unseren Wagen, mit unserem Gerät und bitten: Helft uns! Seid uns Freunde und Berater! Aber wir kommen noch nicht mit ganz leeren Händen. Wir bringen Ihnen etwas mit: Den frischen Duft der heimatlichen Scholle, den frischen Geist aus der Heimat, von dem erfüllt auch Ihre Vorfahren einst in dieses Land kamen. Unsere frische Kraft, Geist und Blut der Heimat wollen wir Euch bringen. Wir, die deutschen Sejmabgeordneten kamen in das Parlament aus verschiedenen Teilen des polnischen Staates. Aber so verschieden unsere Anschauungen über manche Dinge auch waren, in einem Punkt waren wir immer einig: In dem deutschen Gedanken. An schweren inneren Kämpfen hat es nicht gefehlt. Versuchen Sie das richtig einzuschätzen und unsere Treue anzuerkennen, dann werden Sie vielleicht manches, was Sie uns glauben vorwerfen zu müssen, anders ansehen. Und und wenn wir wirklich nicht die geeignetsten Vertreter des Deutschtums in Polen waren, — sind wir daran schuld? Sie haben uns doch zum Sejm gewählt. Machen Sie es doch nächste Mal besser. Sehen Sie sich die Männer, die Sie wählen wollen, genauer an, treten Sie aber für die, die Sie wählen wollen, auch mit Nachdruck ein! Keine Stimme darf verloren gehen! Wir werden im neuen Sejm eine Reichswahlordnung zu erkämpfen suchen (Großer Beifall). Inzwischen prüfen Sie die neuen Männer auf Herz, Nieren und Charakter, und wenn der Wahltag kommt, dann denken Sie an die Worte des gestrigen Prologs:

„Man soll uns alle, alle einig sehen,
In deren Adern deutsches Herzblut fließt!"

(stürmischer Beifall).

Es folgten die Ansprachen der Abgeordneten **Daczko** und **Spickermann**. Der erstere sprach über die Schulfrage, der zweite, mit großem Beifall empfangen, geißelte, teilweise in wirksam humorvoller Form, eine Reihe von Mißständen des öffentlichen Lebens in Polen. Ueber diese beiden Reden wird noch genauer berichtet werden.

Nach den Ansprachen der Sejmabgeordneten wurden aus der Mitte der Versammlung zwei

Entschließungen

vorgeschlagen. Die eine lautet:

Die heute hier versammelten, mehr als 3000 Vertreter des Deutschtums aus allen Teilen Polens geben ihrer Empörung darüber Ausdruck, daß die Bürger deutschen Stammes seit Bestehen unseres Staates systematisch entrechtet und verdrängt werden.

Die uns gegenüber befolgte Politik hat sich in Einzelhandlungen, Verordnungen und Gesetzen bewußter- und gewolltermaßen in schärfsten Gegensatz gestellt zu den fundamentalen Grundsätzen und Garantien für den Minderheitenschutz, wie sie im Minderheitenschutzvertrage in feierlichster und unzweideutigster Form festgelegt worden sind. Sie ist also ein offener Verstoß gegen die Verpflichtungen, die unsere Regierung mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages und des Minderheitenschutzvertrages übernommen hat.

Sie steht gleichermaßen im Widerspruch zu den uns in Form eines Staatsaktes feierlichst gegebenen Zusicherungen der obersten Organe der Staatsgewalt, verlautbart insbesondere in dem Aufrufe des Kommissariats des obersten polnischen Volksrates vom 30. Juni 1919.

Sie steht endlich in schroffstem Gegensatz zu den Bestimmungen unserer Staatsverfassung, die ihren Bürgern ohne Unterschied der Rasse und Sprache vollen Schutz des Lebens, der Freiheit und des Eigentums gewährleistet und die darüber hinaus einen besonderen Minderheitenschutz garantiert.

Wir erwarten, daß die Leitung unserer völkischen Organisation in Wiederholung unsere früheren unbeantwortet und unberücksichtigt gebliebenen Einzelvorstellungen unverzüglich die Aufmerksamkeit der Regierung und des Hohen Völkerbundes auf die Unerträglichkeit unserer Lage lenkt und die Herstellung eines Zustandes fordert, der den geschriebenen und ungeschriebenen Grundsätzen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit Rechnung trägt.

Wir erheben unsere Stimme nicht nur in Erfüllung eines elementaren Gebotes gegen uns selbst, unsere Vorfahren und Kinder, sondern ebensosehr im wohlverstandenen Interesse unseres Staates und zur wirtschaftlichen und kulturellen Gesundung Europas.

Und hier die zweite Entschließung:

An unsere Mitbürger polnischer Nationalität!

Die im Augenblick der schwersten wirtschaftlichen Notlage des polnischen Staates in Lodz zusammengetretenen Deutschen erklären hiermit einmütig, daß sie die zurückgetretene Regierung Witos wie alle früheren Regierungen für den katastrophalen Tiefstand des Wirtschaftslebens verantwortlich machen. Anstatt ihr Hauptaugenmerk auf die Gesundung der Verhältnisse zu richten und alle tätigen Kräfte ausnahmslos für den Ausbau der Wirtschaft nutzbar zu machen, haben alle bisherigen Regierungen die wirtschaftlichen Gesichtspunkte gröblich vernachlässigt und lediglich eine chauvinistische Politik betrieben, mit dem von vornherein aussichtslosen Vorhaben, den aus verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzten Staat in einen polnischen Nationalstaat umzuwandeln. Um dies Ziel zu erreichen, haben sie rücksichtslos wirtschaftliche Werte vernichtet, wofür besonders das ehemals preußische Teilgebiet als Beispiel gilt, wo die Teilgebietsregierung unter offener und stillschweigender Duldung des Warschauer Kabinetts selbst vor Rechtsbrüchen nicht zurückgescheut ist. Diese Politik, verbunden mit einem grenzenlosen wirtschaftlichen Dilettantismus, hat dem Staat das Vertrauen des Auslandes geraubt und ihn in die unmittelbare Gefahr des wirtschaftlichen Zusammenbruchs geführt. Aus dieser äußersten Not kann den Staat nur eine Regierung retten, die sich grundsätzlich von dem uferlosen Chauvinismus der bisherigen Regierungen abwendet und sich lediglich der wirtschaftlichen Aufbauarbeit widmet, die allein das Vertrauen des Auslandes erwerben und den moralischen und finanziellen Kredit wiederherstellen kann. Das Wohl und Wehe der gesamten Bevölkerung aller Nationalitäten hängt davon ab, daß sich jetzt eine Regierung bildet, die rücksichtslos mit der Vergangenheit bricht und den Staat lediglich nach wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten leitet. Darum richten wir auch an unsere Mitbürger polnischer Zunge, die, wie wir wissen, zu einem sehr großen Teile unserer Ansicht sind, den dringenden Appell, ihren Einfluß für die Bildung einer Regierung einzusetzen, die die Einhaltung dieser Grundsätze gewährleistet.

Die beiden Entschließungen wurden vorgelesen und unter großem Beifall einstimmig angenommen.

Die Stimmung, von der die ganze imposante und bei aller inneren Erregung mit bewundernswerter Ruhe und Disziplin verlaufene Versammlung erfüllt war, fand ihren Ausdruck in dem Schlußwort des Vorsitzenden: „Hier hat heute die Stimme des gesamten Deutschtums in Polen gesprochen. Sie muß gehört werden. Sie darf nicht verhallen. Diese zwei Tage haben uns, die Deutschen aus den verschiedenen Gebieten Polens, wieder um ein erhebliches Stück einander näher gebracht. Habt Dank dafür alle, die ihr mitgeholfen habt, diese Versammlung zu Stande zu bringen, besonders ihr, Lodzer Freunde, die ihr uns dieses Ergebnis ermöglicht habt, und ihr, Lodzer Frauen, die ihr so fürsorglich bemüht waret, uns hier gastlich aufzunehmen. Wir hoffen, daß wenn ihr dereinst als Gäste zu uns kommt, in das ehemals preußische Teilgebiet, oder nach Galizien oder in einer der anderen Gebiete Polens wir Euch werden Gleiches mit Gleichem vergelten können."

Unter dem Eindruck eines wirklichen Erlebnisses verließen die Versammlungsteilnehmer den Saal. Ein Teil der auswärtigen Gäste besuchte am Abend die aus Anlaß der Tagung veranstaltete deutsche Theateraufführung, andere fanden sich in kleinem Kreise zur letzten Aussprache über das Gehörte und Gesehene zusammen, und als sie um Mitternacht von Lodz und den dortigen Freunden schieden, da war es wieder ein Wort des Vorspruches vom Sonnabend, das in ihnen nachklang, — das Wort:

Wir zagen nicht, denn unser Schild ist klar!

Der griechisch-türkische Krieg.

Das türkische Nachrichtenbureau in **Paris** veröffentlicht eine Mitteilung als Antwort auf die Meldung der Griechen, daß sie **Angora** eingenommen hätten, in der es heißt, daß in Wirklichkeit alle Berichte aus Konstantinopel und Kleinasien bestätigen, daß die türkischen Truppen die griechischen Angriffe überall zurückgeworfen hätten. Auch der griechische Heeresbericht dementiert die Einnahme von Angora. Die griechische Offensive ist unterbrochen. Gewisse Anzeichen deuten auf einen Rückzug der Griechen hin. Die griechischen Truppen nehmen Stellungen ein, die um 65 km nordwestlich von Angora gelegen sind.

London, 11. September. (Tel.-Union.) Nachdem der griechische Angriff östlich des Sakaria zum Stehen gebracht wurde, haben in den letzten Tagen schwere Kämpfe stattgefunden. Das griechische Heer steht jetzt 40 Meilen südwestlich von Angora.

Lies Rainer.

Geschichte einer Ehe von **Leontine von Winterfeld**.

(1. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

„Wirds 'ne große Hochzeit?" forschte die Kantorin neugierig, — „kommen viele Herrschaften von auswärts dazu nach Nilmer?"

„Nicht so sehr viel. Einige Verwandte von uns und dann Geschwister meines Bräutigams. Seine Eltern leben nicht mehr. Aber, Frau Kontor, ehe ich gehe, darf ich noch einmal die kleine Grete sehen?"

Grete war das Enkelkind der Kantorin, ein armes Waislein, das sie ganz zu sich genommen.

Geschmeichelt lächelte die Großmutter und trippelte leise voran in das Nebenzimmer, wo die Kleine zwischen karierten Kissenbergen im breitbauchigen Wiegebett schlummerte! Behutsam beugte sich Lies über das Kind. Dem standen die Schweißperlen auf der rosigen Stirn und zwischen den kurzen, blonden Löckchen. Weich lagen die dunklen Wimpern auf der Wange. Die Ärmchen waren zurückgeworfen aufs Kopfkissen, und die kleine Hände zu Fäusten geballt. Auf und nieder senkte sich die Brust unter den ruhigen Atemzügen.

Durch die blühenden Geranientöpfe am Fenster schimmerte hell die warme Frühlingssonne. Summend stieß sich ein zu früh erwachter Brummer den Kopf an den blanken Fensterscheiben. Schweigend standen die beiden Frauen, versunken in den Anblick des schlummernden, mutterlosen Kindes. Die eine der Vergangenheit, die andere der Zukunft denkend.

Dann richtete Lies sich auf und reichte der Kantorin die Hand. „Jetzt muß ich aber wirklich gehen, Frau Kantor. Wie gesund und niedlich die Kleine aussieht."

„Ja, ja, Gott behüt es, das arme, mutterlose Kindchen!"

Die Kantorin wischte sich die Augen. Lies ging leise hinaus, durchs grüne Pförtchen auf die Dorfstraße.

Von der kranken Katrin nahm sie noch Abschied, die schon drei Jahre die Gicht hatte, und von Hinnerk Dusen, der früher mal Lotse gewesen in Holstein, jetzt aber sehnsüchtig mit dreiundachtzig Jahren auf sein Ende harrte.

Sie kannte sie ja alle, alle genau von Jugend an. Denn das große Kirchdorf lag nicht weit von Nilmer, und die Großmutter hatte sie früher so oft mitgenommen zu ihren Krankenbesuchen. Als Großmutter dann gelähmt wurde und nicht mehr aus ihrem Giebelstübchen konnte, übernahm Lies stillschweigend ihr Amt. Wer hätte es auch sonst tun sollen? Mutter behauptete wenigstens immer, daß sie nicht genug Zeit dafür hätte.

Hinnerk Dusen streichelte ihr wehmütig die Hände, als sie an seinem Bett stand.

„Ne, ne, nu sind Sie all ok abgekündigt worden von der Kanzel, als ne richtige Braut! Und dann trecken Se so bald weg von uns. Wat seggt denn bloß lütt Elen dortau?"

„Ach, Hinnerk, die wird sich schon drein finden. Sie muß mich oft besuchen in Jena. Ist ja nun auch schon ein großes Mädchen von achtzehn Jahren."

„Ja, ja wat de Tid löppt! Na, grüßen Se Ihr lütt Swesting man schön von mir, und ok den Jungen, den Fritz." —

Dann ging Lies langsam über den hohen Deich quer durch die Wiesen nach Hause zurück. — Ueber die nassen Ackerfurchen flogen schreiend in jähem Zickzack die ersten Kibitze. Von der See her kam leise, ununterbrochen das große, eintönige Rauschen. Wie ein silberner Streif blitzte es auf in der Ferne — flimmernd, — sonnendurchwoben, — das Meer, das große, weite, unendliche.

Tief, tief atmete Lies die herbe, kräftige Salzluft ein. Und breitete die Arme in namenlosem Glück und Jubel. Sonne, — Sonne, soweit das Auge sah. Sonne draußen in der Natur, Sonne drinnen im Herzen. O, womit hatte sie es verdient, daß sie so glücklich war?

Dann verließ sie den Deich und ging quer über das Flachland dahin, wo das Meer blitzte. Schon ragte das breite Dach des Herrenhauses zu Nilmer rechts durch die uralten Parkbäume. Nach links zu aber, wo die Buchen vereinzelter standen und zerzauster, hob sich auf steiler grasbewachsener Düne eine alte verwitterte Steinbank. Schroff und steil stürzte hier der Abhang zum Meer herunter, das unermüdlich mit weißen, schaumigen Armen an dem bröckelnden Sande tastete, der nur notdürftig geschützt war durch einige eingerammte Pfähle. Schief, nach einer Seite geweht, standen die drei großen Buchen hier oben, ihre schützenden Zweige über die alte Steinbank breitend. Hier war seit alters her der Lieblingsplatz der Kinder von Nilmer. Hier hatte auch Lies einst gespielt und getobt mit den Geschwistern, hier ihre ersten wunderlichen phantastischen Mädchenträume geträumt.

Und auch heute wieder, an diesem stillen Frühlingssonntagmorgen, zog es sie mit unwiderstehlicher Gewalt auf die alte Steinbank.

Wie die Möwenflügel blitzten über dem Wasser und der Wind in den Stranddisteln an der Düne spielte!

Langsam setzte sie sich nieder auf die morsche Bank, nahm den Hut auf den Schoß und lehnte den Kopf mit der dunklen Flechtenkrone an den alten Buchenstamm.

Sie schloß die Augen und sah jenen anderen, dem sie ihre Seele zu eigen gegeben.

Und schauerte leise zusammen. Denn es kam sie eine Furcht an. Eine Furcht davor, ob sie, — die törichte, unerfahrene, kleine Lies ihm auch einst das würde sein können, was er von ihr erhofft. Sie faltete die Hände.

Und sah ihn vor sich. Eine brennende Röte sprang in ihr Gesicht und ihre Lippen flüsterten: Kurt! In ihre Augen stiegen langsam die Tränen. Denn eine namenlose Sehnsucht überkam sie nach ihm. Sie holte seinen letzten zerknitterten Brief aus der Tasche, den sie nun wohl schon fast auswendig wußte, und las ihn noch einmal.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Neubildung des Kabinetts.

Verschiedene Vorschläge.

Seit Sonnabend morgen finden lebhafte Besprechungen zwischen den wenigen in Warschau anwesenden Mitgliedern der einzelnen Parteien des Sejm über die Neubildung des Kabinetts statt. Da die Zusammenkunft der Abgeordneten erst Montag beginnt, können die offiziellen Verhandlungen der Parteien frühestens am Dienstag beginnen. Sejmmarschall Trąmpczyński hat nach dem „Przegląd Wieczorny" am Sonnabend mit den Mittelparteien verhandelt und ihnen folgende Kandidaten vorgeschlagen: Ministerpräsident und Finanzminister Dr. Głąbiński, Vizeminister für Auswärtiges Marjan Seyda. Die Nationale Volkspartei würde auch den Posten des Vizefinanzministers zu besetzen haben. Die Volksparteiler haben vorgeschlagen, die Bildung des Kabinetts Herrn Steczkowski zu übertragen, der es jedoch von vornherein abgelehnt hat. Genannt wurden auch als Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten Innenminister Maczkowski und der frühere Minister für Galizien Bobrzyński.

Der „Kurjer Poznański" sieht im Abgeordneten Dąbski (Volksparteiler) den aussichtsreisten Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten. Der „Kurjer Polski" weiß jedoch zu berichten, daß die Nationale Volkspartei Korfanty die Bildung des Kabinetts vertrauen möchte, was auch die „Nationale Arbeiterpartei" wünsche.

Die Lage in Oberschlesien.

Berlin, 11. September. (Privatmeldung der „Danziger Neuesten Nachrichten".) Ein neuer Kenner der oberschlesischen Verhältnisse der soeben nach Berlin zurückgekehrt ist, gibt folgende Schilderung: In Oberschlesien dauert die Beruhigung weiter an. Obwohl man überzeugt ist, daß die Polen gelandet sind, glaubt man nicht, daß vom Innern Oberschlesiens aus es zu einem neuen Putsch kommen wird, wenn er nicht von auswärts ins Land hineingetragen werden sollte.

Jedenfalls ist es Tatsache, daß die englischen und italienischen Mitglieder der interalliierten Kommission fest entschlossen sind, nicht wieder untätig zuzusehen, sondern sofort energisch gegen jeden Aufruhrversuch einzuschreiten. In weiten polnischen Kreisen ist die Stimmung seit dem 21. März 1921 erheblich umgeschlagen und eine neue Abstimmung würde zweifellos noch weit günstigere Ergebnisse als die damalige für die Deutschen zeitigen.

Die wirtschaftliche Lage Oberschlesiens läßt noch viel zu wünschen übrig. Die Eisen- und Zinkindustrie liegt zum großen Teil noch darnieder. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen ist viel Gärungsstoff noch vorhanden. Insbesondere ist die Erbitterung unter der polnischen Arbeiterschaft sehr groß, da ihnen die Streikgelder gar nicht und die Aufstandsgelder nur zum Teil und neuerdings nur in polnischer Währung ausgezahlt werden sollten.

Was schließlich die viel erwähnten deutsch-polnischen Verhandlungen in Oberschlesien anlangt, so beschränken sie sich ausschließlich auf die Frage der Rückkehr der oberschlesischen Flüchtlinge. Es handelt sich um etwa 25—30 000 deutsche und 2000 polnische. Eine Einigung ist erzielt und ihre Durchführung wird von einem interalliiertem Ausschuß, namentlich von dessen Vorsitzenden dem englischen Major Williams, sehr gefördert. Zahlreiche Flüchtlinge, darunter Geistliche und Lehrer, von denen an manchen Orten 85 Proz. geflüchtet waren, sind bereits wieder an ihre Wohnstätten zurückgekehrt.

Verschleppung.

Jedes der vier Mitglieder der Völkerbundskommission, die die oberschlesische Frage zu studieren haben, ist damit beschäftigt, einen Einzelbericht auszuarbeiten, der dann mit den anderen Einzelberichten zu einem einzigen Bericht verarbeitet werden soll. Dieser Gesamtbericht soll dann dem Völkerbund unterbreitet werden.

Der Vertreter des „Petit Parisien" hatte eine Unterredung mit dem brasilianischen Vertreter da Cunha, der ihm erklärte, daß die vier Berichterstatter immer noch die Aktensammlung über Oberschlesien studieren. Eine Entscheidung sei noch nicht getroffen, und die Sachverständigen seien noch nicht einberufen.

Genf, 11. September. (Lokal-Anz.) Auf Antrag des Präsidenten der Völkerbundsversammlung wurde in der gestrigen Sitzung beschlossen, den Antrag Cecil über die Mandatsfrage einer Kommission zu unterbreiten. Der dritte und letzte Redner der Debatte war der persische Delegierte Cojah eh Dauleh. Er erklärte, daß die oberschlesische Frage zu einem europäischen Skandal auswachse, falls sich nicht bald eine glatte Lösung finde.

Berlin und München.

Die Beratungen der Reichsregierung mit den Vertretern der bayerischen Regierung und der bayerischen Koalitionsparteien haben einen vorläufigen Abschluß gefunden. Trotzdem über den materiellen Teil der Verhandlungen der Reichsregierung mit der bayerischen Delegation vorläufig strengstes Stillschweigen bewahrt wird, glaubt der „Tag" folgendes mitteilen zu können:

„Der gestrige Tag war bis zum Abend mit Konferenzen ausgefüllt. Nachdem die Regierung mit den bayerischen Vertretern bis zur Mittagsstunde verhandelt und danach den interfraktionellen Ausschuß der Koalitionsparteien empfangen hatte, hielt das Kabinett um ½4 Uhr nachmittags eine Sitzung ab, in der die Verhandlungsergebnisse zusammengefaßt und die Richtlinien für die Nachmittagsberatungen mit den bayerischen Herren durchgesprochen wurden. Das Kabinett hat die Reichstagskoalition geschlossen hinter sich.

Über den materiellen Teil der Verhandlungen kann angedeutet werden, daß der bayerischen Regierung für den Verzicht auf den Belagerungszustand hinreichende Garantien angeboten worden sind, die die Besorgnisse des Kabinetts Kahr bezüglich der Folgen der Aufhebung des Belagerungszustandes grundlos erscheinen lassen dürften. Man wird künftig bei allen von der Berliner Zentrale aus sich auch über Bayern erstreckenden Maßnahmen rechtzeitig mit der Münchener Regierung Fühlung nehmen, was in der jüngsten Verordnung vom 29. August nicht geschah, weil nach Ansicht der Reichsregierung Eile geboten war. Überhaupt wird Bayern in den aktuellen Verwaltungsfragen, wie zum Beispiel bei der Behandlung der Preßfreiheit, in seiner Staatshoheit künftig weitgehend respektiert werden.

Noch sind die Dinge in Fluß. Denn München, dessen Delegierte naturgemäß nur beschränkte Vollmachten hatten, muß sich zu den Berliner Vereinbarungen erst noch äußern. Aber die Lage wird als durchaus günstig angesehen. Auch diesseits ist noch eine Instanz zu hören: der Überwachungsausschuß des Reichstages, dem verfassungsgemäß von wichtigen Schritten der Regierung Kenntnis zu geben ist. Seine für heute angesetzte Sitzung mußte abgesagt werden, weil der Münchener Bescheid noch aussteht. Sie dürfte am Montag stattfinden."

Berlin, 11. September. (Telunion.) Man hofft in Regierungs- und Reichstagskreisen in der Sitzung des Überwachungs-Ausschusses am Montag zu einer befriedigenden Erledigung der bayerischen Frage zu gelangen. Am Dienstag sollen erneut interfraktionelle Beratungen der drei Mehrheitsparteien im Reiche stattfinden. Gegenstand der Besprechung wird die politische Gesamtlage bilden, wie sie sich nach der Entscheidung in Bayern und nach dem Scheitern des Versuches zur Umbildung der preußischen Regierung darstellen wird.

München, 11. September. (Lokalanzeiger.) In den gestern abend ½7 Uhr zusammengetretenen Ministerrat hat Ministerpräsident von Kahr eine Rede gehalten und bereits seinen Rücktritt angekündigt, wenn der bayerische Ausnahmezustand aufgehoben würde. Der Ministerrat hat nach fünfstündiger Dauer eine Pause gemacht und ist um 9 Uhr erneut zusammengetreten. Die Beratungen werden voraussichtlich bis Mitternacht dauern. Mit den Koalitionsführern wird Sonnabend vormittag beraten und der Landtagsausschuß dann mit der Sache betraut werden.

Kritik am Völkerbund.

Branting über die Verschleppungstaktik.

Aus Genf wird gemeldet: In der Donnerstag-Vormittagssitzung der Völkerbundversammlung beklagte der Schwede Branting die Langsamkeit der Arbeit des Sekretariats, das nicht Genügendes leiste. Weiter sei es bedauerlich, daß die Versammlung des Völkerbundes nicht genügend ihre Stellung gewahrt hätte und daß die Entscheidungen des Völkerbundrates oft den Eindruck machten, als handle er als Organ einer Macht oder einer Mächtegruppe. Dieser Eindruck müsse unbedingt vermieden werden. Der Völkerbund habe sich mit verschiedenen Fragen überhaupt nicht beschäftigt, aus denen man eine der Erhaltung des Friedens dienende Lösung erhoffen könnte. Branting sagte wörtlich: „Ich glaube unbestreitbar, daß die Beratungen des Rats oft den Eindruck erwecken, daß die Entscheidungen nicht in seinen Sitzungen, sondern anderswo vorbereitet, ja sogar anderswo gefällt werden. Ein solches Verfahren ist selbstverständlich mit dem Geiste und dem Sinne des Völkerbundes unvereinbar." Die Rede erregte großes Aufsehen.

Lord Robert Cecil erwiderte, diese Kritik geht doch zu weit. Unvollkommen sei natürlich alles Menschenwerk. Zur oberschlesischen Frage erklärte Lord Cecil, er hoffe, daß eine gerechte und unparteiische Lösung gefunden werde. Dieselbe Erwartung sprach er bezüglich des Wilnastreites aus. Die beiden Parteien möchten doch endlich durch eine Einigung dem internationalen Skandal, den diese Sache allmählich darstelle, ein Ende machen. Cecil wandte sich dann gegen die Vereinigten Staaten, die durch ihren Widerspruch und ihr Nichterscheinen im Völkerbundrate die Behandlung der Mandatsfrage und deren Erledigung verzögert hätten. Die Vereinigten Staaten hätten kein Recht, an der Tätigkeit des Völkerbundes auf diesem Gebiet Kritik zu üben. Zum Schluß erklärte Lord Cecil, die wirtschaftliche Lage der Welt sei heute, nach mehr als einem Jahre Völkerbund, schlimmer als zuvor. Da müsse endlich etwas Entscheidendes geschehen. Mit einer Tat auf diesem Gebiete würden alle Gegner des Völkerbundes am raschesten zum Schweigen gebracht werden. Cecil brachte dann zwei Anträge ein: Weiteste Öffentlichkeit der Arbeiten und der Verhandlungen des Völkerbundes und rasche Erledigung der Mandatsfrage. Darauf Schluß der Sitzung.

Aus den Baltenstaaten.

Wirtschaftskonferenz.

• **Riga, 10. September.** (PAT.) Nach amtlichen Angaben wird die Konferenz der baltischen Staaten für Wirtschaftsangelegenheiten am 12. d. Mts. in Riga stattfinden. An der Konferenz werden Lettland, Litauen, Estland und Finnland teilnehmen. Es sollen Verträge über die mittelbaren Steuern, über den Handel mit Flachs, über die Angelegenheit der Zollkammern und der Akzisen geschlossen werden. Von seiten Lettlands wird an der Konferenz der Finanzminister Kalmisz und der Vizeminister der auswärtigen Angelegenheiten Albat teilnehmen. Es ist eine neue Zusammenberufung der Konferenz mit der Teilnahme Sowjetrußlands im Oktober geplant.

Lettische Angelegenheiten.

Riga, 10. September. (PAT.) Die lettischen Behörden teilen offiziell mit, daß sich in den letzten Flüchtlingstransporten aus Sowjetrußland eine größere Anzahl nichtgewünschter Elemente wie Kommunisten, Czekisten, ehemalige Führer der roten Armee usw. befinden. Die verdächtigen Ankömmlinge werden, falls sie schon in Lettland angelangt sind, nach Rußland zurücktransportiert.

Riga, 10. September. (PAT.) Die lettische Verfassungsversammlung wird am 20. d. Mts. zusammentreten.

Riga, 10. September. (PAT.) Panama hat Lettland de jure anerkannt.

Die irische Frage.

In der Antwort des englischen Kabinetts an De Valera, die von Lloyd George unterschrieben wurde, wird an den Irenführer die Frage gerichtet, ob er bereit sei, sich am 20. d. Mts. an der Konferenz in Inverneß zu beteiligen, um zu ermitteln, wie die Verbindung Irlands und des britischen Reiches am besten mit den nationalen Bestrebungen der Iren in Einklang gebracht werden könne. Die Vertreter Englands werden sein: Lloyd George, Lord Birkenhead, Lord Curzon, Chamberlain, Churchill und Horne.

„Daily Telegraph" bemerkt zu diesem Angebot: Den Irländern soll eine neue Gelegenheit zu Verhandlungen gegeben werden. Gleichzeitig wird die Welt erfahren, daß England alles zu tun wünscht, um zu einer Verständigung zu kommen. Die einzige Bedingung, die englischerseits gestellt wird, ist, daß Irland auf die Forderung einer selbständigen Republik verzichtet und als Schwesternation in der britischen Staatengemeinschaft erscheint.

„Daily News" sind der Ansicht, daß im Kabinett von einer Krise keine Rede sei und daß an Gewaltmaßnahmen erst im äußersten Fall gedacht werde. Die Antwort bedeute lediglich, daß der Notenwechsel aufhöre und durch persönliche Besprechungen ergänzt werden soll.

London, 10. September. (Tel.-U.) Das Kabinett des Dail Eirean hat gestern vormittag in dem Mansion House in Dublin die englische Antwort besprochen. Am 14. d. Mts. wird eine geheime Sitzung des Dail Eirean stattfinden.

Der Aufstand in Marokko.

Paris, 10. September. (Tel.-U.) Der „Temps" berichtet aus Madrid der Aufmarsch in Marokko scheint verschoben worden zu sein. „Epoca" versichert, daß die Spanier erst im Laufe dieser Woche zum Angriff übergehen werden, da bisher noch nicht genügend Munition zur Verfügung stand. „Imperial" bringt einen beunruhigenden Artikel über die Lage in Melilla. Die Rebellen haben die Initiative und die Führung der Operationen ergriffen. Die Umzingelung der Stadt wird immer enger. Nur ein einziges Flugzeug ist noch vorhanden. General Berenguer hat einem Korrespondenten des „El Sol" gegenüber sich in einer für Frankreich beleidigenden Weise ausgelassen. Er beschuldigt die Franzosen, die spanische Zone vernichten und Marokko zu einer französischen Kolonie machen zu wollen.

Madrid, 11. September. (Tel.-U.) Der Korrespondent des „Matin" berichtet aus Marokko: Von den 24 000 Mann des Heeres des Generals Sylvestres ist fast nichts übrig geblieben. Alle Waffen fielen in die Hände der Aufständischen. Laut spanischen Blättern sollen sich 62 000 Mann und 144 Geschütze im Umkreise von Melilla befinden. Die Mannschaften sind nur mangelhaft ausgerüstet und mit mangelhafter Artillerie versehen. Eine große Anzahl spanischer Soldaten ist desertiert. — Der Ministerrat hat dem General Berenguer das Vertrauen ausgesprochen. Die feindliche Artillerie beschießt Melilla. Wie die Zeitungen berichten, werden in den nächsten Tagen eine Reihe von spanischen Kriegsschiffen in der Richtung nach Marokko fahren.

Republik Polen.

† **Tagung der Wojewoden.** Wir erfahren, daß der Hauptgegenstand der Beratungen, der am 10. d. Mts. beginnenden Tagung der Wojewoden die Angelegenheit des Grenzschutzes und der Bekämpfung des Schmuggels sein wird, die im Sinne des Ministerratsbeschlusses des Innenministeriums vom 2. d. Mts. überwiesen wurde. Außerdem werden auch auf Tagung Angelegenheiten der Sparsamkeit und Angelegenheiten, welche die Organisation und Forderungen der Selbstverwaltungen betreffen, geprüft werden.

Deutsches Reich.

** **Ausschreitungen in Braunschweig.** Zu Ausschreitungen kam es am Donnerstag abend an verschiedenen Stellen der Stadt aus Anlaß einer vom Verein Stahlhelm einberufenen Monatsversammlung. Kommunistische Elemente unter Führung der kommunistischen Landtagsabgeordneten stürmten das Hauptquartier des „Stahlhelm" und durchsuchten die Räume. Dann zogen sie zum Versammlungslokal. Verschiedene Personen wurden schwer mißhandelt und verletzt; es wurde auch geschossen. Einer Abteilung Polizei gelang es schließlich, die Menge auseinanderzutreiben. Wie amtlich auch aus Braunschweig gemeldet wird, ist es inzwischen gelungen, die kommunistische Verbrecherbande, die seit fast einem Jahr die Bevölkerung des Freistaates Braunschweig beunruhigte, fast ausnahmslos zu verhaften. Es handelt sich um vier Dynamitattentate sowie zahlreiche räuberische Überfälle. Wie bereits gemeldet, befindet sich unter den wegen Teilnahme an dem Verbrechen Verhafteten auch die frühere braunschweigische Kultusministerin Frau Minna Faßhauer. An den Dynamitattentaten ist auch ein Sohn des Schneiders August Merges, des verflossenen braunschweigischen Ministerpräsidenten, beteiligt gewesen. Der Polizei in Braunschweig gelang es, die Täter einer Reihe von Dynamitattentaten, zu verhaften. Es sind dies 12 Kommunisten.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	12. September	10. September
4% Posener Pfandbriefe (alte)	—,—	—,—
3% „ „ Buchst. A u. B	—,—	—,—
3½% „ „ ohne Buchst	—,—	—,—
3½% „ „ Buchst. C	—,—	—,—
4% „ „ Buchst. D u. E	—,—	—,—
4% „ „ (neue)	—,—	—,—
4% „ (neue) mit poln. Stempel	123 + N	125 + A
4% Pos. Pfandbriefe	—,—	—,—
4% Pos. Provinzialobligationen	—,—	—,—
3½% Posener Prov.-Pfandbriefe	—,—	—,—
5½% Obl. Cegielski	—,—	—,—
6% Schuldscheine der Bank Kredyt. Hipot. Warszawsk.	—,—	—,—
Bank Związku I—VII em. (ungest.)	220 +	220 + A
Bank Związku VIII em. (ungest.)	220 +	220 + A
Bank Związku IX em. (ungest.)	220 +	220 + A
Bank Handlowy, Poznań I—VII	335 + A	340 + A
„ „ „ VIII	335 + A	340 + A
Dolary	—,—	3009 +
Bank Dysk., Bydg.-Gdańsk I—IV	—,—	—,—
Kwilecki, Potocki i Ska.	475 + N	—,—
Bank Ziemski	—,—	—,—
Bank Ziemian I—III	270 + N	—,—
R. Barcikowski I—IV em.	—,—	—,—
R. Barcikowski V em.	175 + N	175 + A
Centrala Skór I—II	370 +	—,—
Luban	540 + N	535 + N
Dr. Roman May I—III	495 + N	500 + N
„ „ „ VI	465 + A	375 + N
Patria	380 + N	—,—
Pozn. Spółka Drzewna (exkl. Kup.	1400 + A	1400 + N
C. Hartwig I—III em.	400 + N	—,—
C. Hartwig IV em.	—,—	—,—
Cegielski I—VI em.	250 + A	230 +
Cegielski VII em.	250 + A	260 +
Hurtownia Związkowa	140 + A	140 + N
Centrala Rolników	260 + A	—,—
Inoffizielle Kurse:		
4½% poln. Pfandbriefe	—,—	—,—
4½% poln. Pfandbriefe (abgest.)	—,—	—,—
Bank Centralny I—III	—,—	—,—
Bank Poznański I. Em.	—,—	—,—
Bank Przemysłowców	240 + A	240 + A
Lucjan Nowiński	—,—	—,—
Bank Zjednoczenia	—,—	—,—
Hurtownia Drogeryjna (o. Bezugsr.)	—,—	—,—
Hartwig Kantorowicz	—,—	505—510 + A
Wytwornia Chemiczna I—II exkl. Bezugsrecht	200 +	—,—
Wyroby Ceramiczne	—,—	—,—
Drzewo Wronki	—,—	255 + A
Wisła	—,—	—,—
Arcona	—,—	—,—
Brzeski Auto (exkl. Kupon)	—,—	—,—
Wagon Ostrowo	155 + A	155 + A
Wytwornia Maszyn Młyńskich	—,—	—,—
Herzfeld Viktorius	400—405 + N	390—400 +
Bentki	575-600-590 + N	530—550 + N
Orient	185—190 + A	180 + N
Sarmatia	395 + N	—,—
Bławat	—,—	—,—
Dom Konfekcyjny	—,—	—,—
Tkanina	360 + N	—,—
Centrala Rolników	—,—	250 + N
Papiernia Bydgoszcz	250—255 +	235—250 + N
Trie	—,—	—,—
Hurtownia Skór	310 + A	305 + N
Sierakowskie Kopalnie Węgla	—,—	—,—
Kabel	—,—	—,—
Lloyd Wielkopolski	—,—	—,—
Hurtownia Spółek Spożywcz.	210 +	—,—
Pneumatik	155 + N	—,—

Amtliche Notierungen der Getreidebörse (Giełdy Zbożowej) in Posen vom 12. September 1921.

(Die Preise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Lieferung.)

Seradella	—,—*)	Odermennig	14 000—15 000
Futterlupinen	—,—*)	Viktoriaerbsen	—,—*)
Saatlupinen	—,—*)	Felderbsen	—,—*)
Weizen	9400—10 600	Raigras	—,—*)
Roggen	7000	Inkarnatklee	—,—*)
Wintergerste	6000—6200	getr. Futterrüben	—,—*)
Braugerste	6600—7000	Zuckerrüben getr.	—,—*)
Hafer	6400—6800	Runkeln	—,—*)
Weizenmehl 70%	14000—14600	Zuckerschnitzel gewöhnl.	—,—*)
Roggenmehl 70%	9500—9700	„ 30—35%	—,—*)
Senf	—,—*)	„ Steffens	—,—*)
Hanf	—,—*)	Kartoffeln	1800—2000
Buchweizen	—,—*)	Stroh: Getreidestroh, lose	—,—*)
Mohn	—,—*)	„ gepreßt	—,—*)
Hirse	—,—*)	„ (Sommer-)	
Kümmel	—,—*)	„ lose	—,—*)
Winterraps	14 000—15 000	„ „ gepr.	—,—*)
Gelber Klee	—,—*)	Heu, lose	—,—*)
Roter Klee	—,—*)	„ gepreßt	—,—*)
Weizenkleie	4600	Klee, lose	—,—*)
Roggenkleie	4400	„ gepreßt	—,—*)

*) Ohne Handel. Weizen- u. Roggenmehl exkl. Säcke. Tendenz: fest.

= **Danzig, 10. September.** (Tel.-U.) Amtliche Notierungen an der Danziger Börse: 1 Pfund Sterling 374.10 Geld, 374,90 Brief, 1 Dollar 100.14 Geld, 100,36 Brief. Polnische Noten 2.63½ Geld, 2,66½ Brief. Auszahlung Warschau 2.51 Geld, 2.54 Brief. Auszahlung Posen 2,46 Geld, 2,41 Brief. Auszahlung Pommerellen 2,43½ Geld, 2,46½ Brief.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 12. September.

Nette Zustände!

Das Ministerium des ehem. preuß. Teilgebiets hat das Ministerium des Innern davon benachrichtigt, daß in den letzten Tagen aus verschiedenen Fabrikstädten der Wojewodschaft Lodz und aus der Gegend von Kalisch bewaffnete Banden, die sich aus Fabrikarbeitern und armer städtischer Bevölkerung zusammensetzen, in das Posener Gebiet übergetreten sind. Diese Banden rauben die auf den Feldern gesammelte Ernte, dreschen das Getreide aus und fahren es auf Wagen über die Grenze nach Lodz. Das Ministerium bittet, energische Schritte gegenüber diesen Banden zu unternehmen. Es will selbst berittene Polizei zum Schutze der Grenze stellen.

Die geschilderten Tatsachen sind nach unserer Kenntnis der Dinge leider zutreffend; hauptsächlich heimgesucht werden von diesen bewaffneten Banden die Kreise Ostrowo, Adelnau und Schildberg. Leider lassen aber auch im übrigen Gebiet des ehemals preußischen Teilgebiets, selbst im Weichbilde der Stadt Posen, die Sicherheitszustände auf dem Lande viel, recht viel zu wünschen übrig. Von den verschiedensten Seiten sind uns Nachrichten zugegangen, daß in diesen Fällen jedoch nicht aus Kongreßpolen, sondern doch wohl von hier stammende bewaffnete Banden jetzt auf die Kartoffelfelder dringen und die Kartoffeln ernten, die sie nicht gepflanzt haben, während die Landwirte diese Leute ruhig gewähren lassen müssen, wenn sie nicht unliebsame Bekanntschaft mit den geladenen Schießprügeln der Räuberbanden machen wollen.

Die Verhandlungssprache des Bromberger Stadtparlaments.

Die Stadtverordnetenversammlung vom Sonnabend war die erste in Bromberg, in der nur polnisch verhandelt wurde. Den deutschen Stadtverordneten war es daher nicht möglich, den Verhadlungen zu folgen, und sie verließen den Sitzungssaal. Infolgedessen war die Versammlung nicht beschlußfähig, aber trotzdem wurden Beschlüsse gefaßt, die selbstverständlich jeder Rechtskraft entbehren. Man wird es den deutschen Stadtverordneten nicht verübeln dürfen, wenn sie unter diesen Umständen den Sitzungen überhaupt fernbleiben, wodurch allerdings das Stadtverordnetenkollegium zur Untätigkeit verurteilt wird. Nach dem Minderheitsschutzgesetz genießen alle polnischen Staatsangehörigen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte ohne Unterschied der Rasse, Sprache oder Religion. Es darf keine Bestimmung erlassen werden, die die polnischen Staatsangehörigen im freien Gebrauch irgend einer Sprache beschränken, weder in ihren privaten oder Handelsbeziehungen, noch in Angelegenheiten der Religion oder Presse oder der Veröffentlichungen aller Art, noch in öffentlichen Versammlungen. Unbeschadet der Festsetzung einer Amtssprache durch die polnische Regierung sollen den polnischen Staatsangehörigen mit einer anderen Sprache als der polnischen vernünftge Erleichterungen für den mündlichen oder schriftlichen Gebrauch ihrer Sprache gewährt werden. Wie dieses Gesetz gehandhabt wird, zeigte die letzte Versammlung: Es steht eben alles nur auf dem Papier.

Mißglückter Raubüberfall.

Der 21jährige Deserteur Tomasz Musielak, von Beruf Bäckergeselle, und der 20jährige „Arbeiter" Kasimir Grochowicki hatten sich zusammengetan, um gemeinsam ein Ding zu „drehen". Sie hatten zu diesem Zwecke einen Raubüberfall auf zwei junge Mädchen, Angestellte der Zigarettenfabrik „Sarmatia T. A." in der ul. Grunwaldzka (früher Auguste Viktoriastraße) neben der Trainkaserne verabredet, der, wie sie ganz richtig vermuteten, recht lohnend ausfallen mußte, da die beiden Mädchen die rd. eine Million betragende Wochenlöhne aus der Stadt nach der Fabrik schafften. Am Sonnabend mittag, d. h. also am hellen Tage, schritten die frechen Burschen zur Tat. Die Hauptrolle war Musielak zugedacht, der im Besitz eines Fahrrades war, das er erst drei Tage vorher in Kurnik, wo es herrenlos vor einem Hause stand, hatte mitgehen heißen. Er sollte den beiden Mädchen die Geldbeutel entreißen; Grochowicki, der ebenfalls über ein Rad verfügte, sollte den eigentlichen Täter beim Raubüberfall „decken" und fuhr zu diesem Zwecke in einer Entfernung in der ul. Grunwaldzka (fr. Auguste Viktoriastraße) hinterher. Beide wollten sich auf der Wallischei später treffen und dort die Beute miteinander teilen. Doch es kam glücklicherweise etwas anders. Als Musielak über die beiden Mädchen herfiel, erhoben sie laute Hilferufe, und nun hielt er es für das Beste, sich auf sein Rad zu schwingen und sein Heil in der Flucht zu suchen. Doch auch diesen Plan durchkreuzte ein des Weges kommender Eisenbahnbeamter, der sich dem Flüchtling in den Weg stellte, ihn vom Rade herunterriß und so lange festhielt, bis er von Polizeibeamten in sichere Obhut genommen werden konnte. Sein Spießgeselle Grochowicki wurde gestern in der ul. Strzelecka (früher Schützenstraße) von Beamten der Kriminalpolizei ebenfalls verhaftet.

× **Die Steuererklärungen zur Einkommensteuer** müssen bekanntlich bis zum 26. d. Mts. beim Vorsitzenden der Einkommensteuerveranlagungskommission, Św. Marcin 41 (früher St. Martinstr.) abgegeben werden. Die entsprechenden Formulare für die Einschätzung können bei der Veranlagungskommission in Empfang genommen werden. Zur Erleichterung dieser Arbeit möchten wir empfehlen, die deutscher Zeit geübte Praxis wieder zur Anwendung zu bringen, nach der industriellen Betrieben usw. mit größerer Arbeitnehmerzahl die entsprechende Anzahl von Einschätzungsformularen zur Verfügung gestellt wird. Dadurch wird einmal das Gedränge in dem Gebäude der Einschätzungskommission vermieden, außerdem aber fällt für den Arbeitnehmer die mit der Abholung des Formulars verknüpfte Arbeitsversäumnis weg was in unserer Zeit der hohen Löhne wieder den Arbeitgebern zugute käme.

× **Französische Gäste**, etwa 60 Ärzte und Pressevertreter, sind heute früh in der 9. Stunde mit dem Zuge aus Bentschen, bis wohin ihnen eine Posener Begrüßungskommission entgegenfuhr, auf der Fahrt zum Ärztekongreß in Warschau zu zweitägigem Aufenthalt hier eingetroffen. Sämtliche öffentlichen und viele Privatgebäude tragen aus diesem Grunde polnischen und französischen Flaggenschmuck. Nachmittags 4 Uhr findet im Festsaale der Universität, früheren Akademie, eine akademische Begrüßungsfeier und abends im Schlosse ein Empfang statt. Morgen abend wird die Reise nach Warschau fortgesetzt.

\# **Großes Theater.** Dienstag, dem 13. d. Mts.: „Cavalleria rusticana" und Ballett „Postój kawalerji".

\# **Ein Vermißter.** Der Rechtsanwalt Stanisław Bilecki, Posen, Glogauer Straße 107 II, teilt uns mit, daß sein Sohn Walter Bilecki am 9. d. Mts. das elterliche Haus verlassen hat und bisher nicht zurückgekehrt ist. Er trug dunkle Hose, aschgraues Jackett und Weste, einen hellgelben Schillerkragen und helle Mütze. Er ist 18 Jahre alt, groß, hat blaue Augen und trägt kurzgeschorenes Haar. Er führte bei sich eine schwarze lederne Schultasche. Der Vater bittet alle, denen etwas über den Aufenthalt oder das Schicksal seines Sohnes bekannt ist, ihm Nachricht zukommen zu lassen.

× **Spurlos verschwunden** ist seit dem 1. d. Mts. der 14jährige Knabe Karl Weiß aus der Wohnung seines Vormunds in der Wielkie Garbary 43 (früher Große Gerberstr.) Der Knabe ist mittelgroß, schwächlich, hat blondes Haar und längliches blasses Gesicht, sowie schmale, lange Nase. Er war bekleidet mit einem grauen Anzug und gelbem Strohhut.

× **Ein Esel,** der sich gestern in Solatsch herrenlos umhertrieb, wurde eingefangen und kann auf dem dortigen Polizeiamtszimmer vom Eigentümer wieder in Empfang genommen werden.

× **Ein Einbruchsdiebstahl** wurde gestern nacht in dem Schafstall des Dominiums Radojewo verübt; gestohlen wurden 5 Schafe.

□ **Schokken, 11. September.** In der vergangenen Nacht wurde bei einem hiesigen Schuhmachermeister ein lohnender Einbruchsdiebstahl verübt. Gestohlen wurden 32 schwarze und braune Herren- und 7 Paar Damenstiefel, sowie 7 Paar Kinderschuhe im Werte von 214 000 M.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

□ **Krakau, 11. September.** (PAT.) Die Zeitungen berichten, daß Beamte des Amtes zur Wucherbekämpfung in den Kellern des hiesigen Eisenbahngebäudes, die die Eisenbahndirektion an eine Privatfirma verpachtet hat, eine Durchsuchung ausführten und dabei ganze Partien an Waren beschlagnahmten, die seit einer Reihe von Monaten, sogar Jahren, dort lagern. U. a. fand man zwei Waggons gesalzene Därme, die Eigentum des Warschauer Kaufmanns Vogelmann sind; weiter eine bedeutende Menge Seife, die einer Wiener Firma gehört, ein großes Ledermagazin und endlich 61 Behälter, die Eigentum einer tschechischen Häckerlingskammer sind. Das Magazin wurde versiegelt und die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.